Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 14. Februar 2018, 16:00 Uhr, im Ratssaal Nr. 2/2018

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Martin Ehlers
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Michael Kunze
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Ratsmitglied Christina Heide
Beigeordneter Howard Jacques
Ratsmitglied Gesche Marxfeld
Beigeordneter Jörg Münkenwarf
Bürgermeister Uwe Reese
Ratsmitglied Detlef Schön
Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok
Ratsmitglied Antje Johanna Kloster
Ratsmitglied Petra Stomberg
Ratsmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Michael von den Berg
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Christian Ressel
Ratsmitglied Dr. Günther Schulte
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert
Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Mitglied AfW-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Morisse
Ratsmitglied Irina Morisse-Kappes

Mitglied Die Linke

Ratsmitglied Florian Wiese

Mitglied Freie Wähler

Ratsmitglied Andreas Lang

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtrat Oliver Leinert

von der Verwaltung

Leitung Referat 4 - Referat für Personal und Organisation Jens Müll
Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Winkel-Fiedelak
Fachbereichsleiterin 13 Julia Muth
Fachbereichsleiter 20 Jörg Valnion
Stellv. Fachbereichsleiter 14 Jörg Walkenhorst
Stellv. Fachbereichsleiter 20 Torben Müller
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Kommunikation & Koordination Martina Hofmann

Protokollführer

Protokollführer Jan Bönisch

Es fehlte entschuldigt
Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi
Ratsmitglied Sebastian Seidel

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3
Einwohnerfragestunde auf Seite 21

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

4	Aktuelle Stunde	
5	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
6.1	Bestellung eines Mitgliedes in den Allgemeinen Beirat der Oldenburgischen Landesbrandkasse	**17/2018**
6.2	Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis -Olaf Preuschoff	**21/2018**
6.3	Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Kai Konken	**22/2018**
6.4	Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis - Walter Menßen	**32/2018**
6.5	Besetzung der Gesellschafterversammlung der JadeWeserAirport GmbH	**33/2018**
7.1.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	**24/2018**
7.2.1	Neuordnung der Kultur-/ Museumslandschaft	**25/2018**
7.3.1	Bebauungsplan Nr. 146,1. Änderung, Deichbrücke / Jadestraße (Wiesbadenbrücke) - Erneuter Entwurfsbeschluss	**14/2018**
7.3.2	Bebauungsplan Nr. 152 Vorhaben- und Erschließungsplan 024 (VEP024) Schleusenstraße / Ehemalige Marinelagerhäuser - Aufstellungsbeschluss	**12/2018**
7.4.1	Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und die Entgeltordnung für den Rettungsdienstbereich Wilhelmshaven	**18/2018**
7.5.1	Umsetzung des Verpackungsgesetzes in der Stadt Wilhelmshaven	**8/2018**
7.6.1	Gründung einer Außenstelle für die Oberschule Stadtmitte	**29/2018**
8	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
9.1	Antrag von "Die FRAKTION": Überprüfung von Ausschreibungen und Auftragsvergaben bzgl. des Projektes Neubau des Klinikums Wilhelmshaven durch das Rechnungsprüfungsamt	**500/2018**
9.2	Antrag von "Die FRAKTION": Regelmäßige Berichte zum Projekt Neubau des Klinikums Wilhelmshaven	**501/2018**
9.3	Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Veranstaltungen in Wilhelmshaven - Plastikreduziert für morgen	**503/2018**
9.4	Antrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial: Einrichtung einer Beratungsstelle für Stalking-Opfer	**505/2018**
9.5	Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Prüfung eines Rede- und/oder Antragsrechts des Jugendparlaments	**506/2018**
9.6	Antrag der SPD-Fraktion: Benennung einer im Rahmen des Neubaus des Klinikums Wilhelmshaven zu errichtenden Straße zwischen der Friedrich-Paffrath-Straße und dem Eingang des Klinikums nach dem ehemaligen Oberbürgermeister Reinhard Nieter	**538/2017**
9.7	Antrag "DIE LINKE": Umbenennung des Platzes, an dem sich der "Kaiser-Wilhelm-Brunnen" befindet, in „Köbis und Reichpietsch-Platz" (Gökerstraße/Rheinstraße)	**543/2017**
10	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend bat er um eine Schweigeminute für den am 11. Januar 2018 verstorbenen ehemaligen Ratsherrn Siegfried Neumann.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. von Teichman beantragte, dass die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um den Tagesordnungspunkt „Bericht des RPA über die nichteingezogenen Vergnügungssteuern" erweitert werde.

Herr Stoffers wies darauf hin, dass der Antrag von Herrn Dr. von Teichman im nichtöffentlichen Teil behandelt werden sollte.

Herr Dr. von Teichman vertrat die Auffassung, dass im öffentlichen Teil sowohl über die öffentliche als auch über die nichtöffentliche Tagesordnung abgestimmt werden müsse.

Herr Stoffers wiederholte, dass die Diskussion im nichtöffentlichen Teil der Sitzung erfolgen sollte. Sofern der Rat jetzt über den Antrag von Herrn Dr. von Teichman abstimmen wolle, müsste die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden.

Herr Tönjes stellte daraufhin den **Antrag auf Herstellung der Nichtöffentlichkeit**. Dieser wurde bei 8 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr von den Berg beantragte, dass der Tagesordnungspunkt 7.2.1 „Neuordnung der Kultur-/Museumslandschaft" von der Tagesordnung genommen werde. Der **Antrag** wurde bei 14 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 15.11.2017

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragstunde vom 15.11.2017 wurde bei 34 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Herr Jacques forderte die Verwaltung auf, dass sie den Sachstand zum Thema „Fußwege Outlet-Center" darstelle und unverzüglich Maßnahmen zur Begehbarkeit der Fußwege durchführe.

Herr Hellwig stellte den Antrag zur Geschäftsordnung, dass die Thematik in die Fachausschüsse verwiesen werde.

Herr Leinert informierte, dass ein Vorortttermin zwischen TBW und der KWO GmbH stattgefunden habe. Bei diesem wurde darüber diskutiert, wie der Fußweg

wieder hergerichtet werden könne. Die KWO GmbH habe bereits diesbezüglich bei drei Firmen angefragt und die Angebotspreise eingeholt. Aktuell könne der Fußweg zwar aufgrund der Witterung nicht hergerichtet werden, es würden jedoch kurzfristig entsprechende Maßnahmen ergriffen.

Herr von den Berg merkte an, dass Herr Leinert im Betriebsausschuss TBW ausführlicher über diese Thematik informiert habe. Er zeigte sich jedoch erfreut, dass kurzfristig Maßnahmen zur Wiederherrichtung der Fußwege ergriffen würden.

Herr Reese forderte die Verwaltung auf, dass sie schnellstmöglich Maßnahmen zur Wiederherrichtung des Fußweges ergreife.

Herr Hellwig zog seinen Antrag zur Geschäftsordnung zurück.

Herr Walpurgis wies daraufhin, dass nach den ursprünglichen Planungen des Investors der Bau des Outlet-Centers bereits erfolgt sein müsste. Er bat den Oberbürgermeister darum, dass er den Investor persönlich nach dem Sachstand zu seinem Vorhaben anspreche.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

6.1 Bestellung eines Mitgliedes in den Allgemeinen Beirat der Oldenburgischen Landesbrandkasse **17/2018**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 12.02.2018 vor.

Howard Jacques wurde als erneutes Mitglied vorgeschlagen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven wählt **Herrn Howard Jacques** zum Mitglied für den Allgemeinen Beirat der Oldenburgischen Landesbrandkasse.

6.2 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis -Olaf Preuschoff **21/2018**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 12.02.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Stellvertretende Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Bant-Heppens, Herr Olaf Preuschoff, wird mit Ablauf des 28.02.2018 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Stadt Wilhelmshaven entlassen.

6.3 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Kai Konken **22/2018**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 12.02.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Kai Konken wird gem. § 20 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.03.2018 bis zum 29.02.2024 zum Stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Bant-Heppens im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

6.4 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis - Walter Menßen **32/2018**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 12.02.2018 vor.

Herr Dr. von Teichman bedauerte die Entscheidung von Herrn Menßen. Auch wenn es Auseinandersetzungen im Ortsrat bezüglich des Neubaus der Feuerwehr Fedderwarden gegeben habe, stufte er den Rücktritt dennoch als überzogen ein. Herr Dr. von Teichman sah es als problematisch an, dass sich die Politik nicht in interne Angelegenheiten einmischen sollte, wie es Herr Menßen in seiner Rücktrittserklärung niedergeschrieben habe.

Herr Hellwig äußerte, dass der Rat dem Wunsch von Herrn Menßen nachkommen sollte.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Stellvertretende Stadtbrandmeister Walter Menßen wird mit Ablauf des 28.02.2018 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Stadt Wilhelmshaven entlassen.

6.5 Besetzung der Gesellschafterversammlung der JadeWeserAirport GmbH **33/2018**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 12.02.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 32 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen)

1. Oberbürgermeister Wagner wird in die Gesellschafterversammlung der JadeWeserAirport GmbH entsandt.

2. Als Stellvertreter des Oberbürgermeisters wird entsandt:

Herr Frank Rademacher
(GF Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH)

Folgende Ratsmitglieder werden in die Gesellschafterversammlung entsandt:

1. Martin Ehlers (1. Ratsmitglied)
2. Astrid Zaage (Stellvertretung)
3. Sebastian Seidel (2. Ratsmitglied)
4. Gesche Marxfeld (Stellvertretung)
5. Andreas Tönjes (3. Ratsmitglied)
6. Petra Stomberg (Stellvertretung)

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

7.1.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **24/2018**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 12.02.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Werner-Brune-Stiftung Wilhelmshaven/Bad Lauterberg, Parkstr. 8, Wilhelmshaven	18.500,00 €	Geldspende für die Beschaffung von Lektüren sowie für den allgemeinen Altenhilfe-Besuchsdienst
2. Förderverein Freiwillige Feuerwehr Fedderwarden e.V., Alkostr. 6, 26388 Wilhelmshaven	4.365,00 €	Sachspende in Form einer Wärmebildkamera für die Freiwillige Feuerwehr Fedderwarden sowie in Form von Sweatshirts für die Jugendfeuerwehr
3. KIWANIS-Club Wilhelmshaven-Friesland e.V., Präsident: Dietmar Weerda, Hohewerther Grashaus, 26389 Wilhelmshaven	2.222,22 €	Geldspende für die Kinder-feuerwehr Wilhelmshaven sowie für die Beschaffung von Schul-büchern und Schulmaterial für bedürftige Grundschulkinder

7.2 Ausschuss für Kultur (Beigeordneter Jacques)

7.2.1 Neuordnung der Kultur-/ Museumslandschaft **25/2018**

Herr Jacques trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Kultur vom 06.02.2018 vor.

Herr Hellwig trug daraufhin folgenden **gemeinsamen Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBV und der SPD-Fraktion** vor**:**

„1. Die mit Datum vom 22.06.2016 beschlossene Kulturstiftung Wilhelmshaven wird lediglich das Küstenmuseum und die Kunsthalle beinhalten und ist im Benehmen mit der WTF unter Beteiligung der Leitungen der Kunsthalle/ des Küstenmuseums und des Kulturbüros zu modifizieren. Der diesbezügliche Beschluss vom 22.06.2016 (183/2016) wird entsprechend abgeändert.

2. Die noch offenen Punkte b) Planung eines Museumsstandortes Weserstraße/Bontekai und f) Standortentscheidung Kunsthalle gemäß Beschlussvorlagen-Nr. 186/2016 werden entgegen Punkt c) nicht durch die Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH (WTF), sondern durch die Stadt (federführend Kulturbüro mit GGS – Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven -) in Zusammenarbeit mit den Leitern der Museen und dem Ausschuss für Kultur erarbeitet. Ziel ist eine Standortentscheidung nach abgestimmter Planung."

Herr Dr. von Teichman brachte für die **FDP-Fraktion** folgenden **Änderungsantrag** ein und begründete diesen anschließend:

„Der Ausschuss für Kultur, Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft, Verwaltungsausschuss und der Rat mögen beschließen:

1. *Die Gründung einer „Kulturstiftung Wilhelmshaven" wird nicht weiter verfolgt. Die entsprechenden Beschlüsse des Rates aus dem Jahre 2016 werden aufgehoben.*
2. *Die Planungen für einen eventuellen Neubau der Kunsthalle am Bontekai und sonstige Bestrebungen der Verlagerung der Kunsthalle werden abgebrochen.*
3. *Die Verwaltung wird beauftragt, die aus der Umsetzung von 2. sich ergebenden finanziellen Spielräume für die Neugestaltung der Ausstellung im Küstenmuseum auch im Hinblick auf das Jubiläumsjahr 2019 zu nutzen.*
4. *Die vorhandenen Pläne zur Ergänzung und Erweiterung der Kunsthalle am Adalbertplatz werden umgehend vorgestellt und umgesetzt."*

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass die Diskussion über die Gründung einer Kulturstiftung seit dem Jahr 2015 geführt würde und der Rat im Juni und im November/Dezember 2016 Beschlüsse zu dieser Thematik gefasst habe. Anschließend habe es die Verwaltung jedoch versäumt, das Wattenmeerhaus bei der Diskussion miteinzubeziehen. Seinerzeit hätte der ehemalige Kulturbeauftragte Herr Dr. Graul ihm gegenüber zugesagt, dass die Einbeziehung des Wattenmeerhauses mit der Landesregierung, der Nationalparkverwaltung und dem WWF abgestimmt worden sei. Anfang 2018 sei bekannt geworden, dass das Wattenmeerhaus einer Kulturstiftung nicht angehören werde. Er erklärte, dass die Gründung einer „Kulturstiftung Wilhelmshaven" nicht sinnvoll sei, weil

diese finanziell von der Stadt abhängig sein würde. Zudem würde das entsprechende Gremium nichtöffentlich tagen, sodass die Öffentlichkeit nicht informiert werde, wie es mit dem Küstenmuseum sowie der Kunsthalle weiter gehen würde. Hinsichtlich der Standortfrage der Kunsthalle plädierte er dafür, dass diese ihren Standort beibehalte.

Herr Tönjes trug folgenden **Änderungsantrag** für **„Die PARTEI“** vor und begründete diesen anschließend:

„1. Die mit Datum vom 22.06.2016 beschlossene Kulturstiftung Wilhelmshaven würde lediglich das Küstenmuseum und die Kunsthalle beinhalten. Der diesbezügliche Beschluss vom 22.06.2016 (s. Vorlagen-Nr. 183/2016) wird entsprechend aufgehoben.

An ihrer Stelle treten zwei Stiftungen, die „Stiftung Kunsthalle Wilhelmshaven“ und die „Stiftung Küstenmuseum“. Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Gründung der Stiftungen vorzubereiten. Die Vorschläge der Kunstfreunde e.V. und der Freunde des Vereins des Küstenmuseums und des Ausschusses für Kultur sind dabei zu berücksichtigen! Eine Standortentscheidung im Sinne einer Zusammenlegung ist aufgrund der unterschiedlichen Ausrichtung der beiden Museen vorerst zurückzustellen bzw. ganz aufzugeben.

2. –gestrichen-“

Herr Leinert wies den Vorwurf von Herrn Dr. von Teichman, dass die Verwaltung es versäumt habe, das Wattenmeerhaus bei der Diskussion um die Gründung einer Kulturstiftung einzubeziehen, zurück. Im Jahr 2016 seien mit allen Beteiligten die Themen intensiv diskutiert worden. Zwischenzeitlich habe es die Verwaltung zwar versäumt, das Wattenmeerhaus rechtzeitig zu beteiligen; die Beteiligung sei von ihm jedoch nachgeholt worden.
Herr Leinert stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. von Teichman zu, dass die Kulturstiftung Wilhelmshaven zu 100 Prozent aus dem Haushalt der Stadt finanziert werden müsste, weil diese über zu wenig Eigenkapital verfügen würde. Er wies darauf hin, dass die Inhalte der Beschlussvorlage mit allen Beteiligten abgestimmt worden seien. Lediglich das Wattenmeerhaus würde nicht Mitglied in der Kulturstiftung werden und nunmehr solle die Stadt anstatt der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH die Planung übernehmen.

Frau Winkel-Fiedelak ergänzte, dass Irritationen bezüglich einer Zusammenlegung von beiden Häusern am Bontekai bestehen würden. Dies bedeute nicht, dass ein Kunst- und Naturkundemuseum entstehe. Die beiden Häuser sollen vielmehr für sich genommen abgegrenzt bestehen bleiben, sodass es dadurch zu einer Standortannäherung komme. Sie wies darauf hin, dass keine Leitungsfunktion eingespart werden solle.

Herr Jacques erklärte, dass die SPD-Fraktion für die Gründung einer Kulturstiftung, bestehend aus dem Küstenmuseum und der Kunsthalle, plädiere.

Herr Hellwig appellierte an die Ratsmitglieder, dass sie dem gemeinsamen Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBV und der SPD-Fraktion folgen.

Frau Weinstock wies darauf hin, dass im Vergleich zur Kunsthalle und dem Küstenmuseum mit dem Wattenmeerhaus die größte Institution der Kulturstiftung nicht beitreten werde. Die Sachlage habe sich hierdurch geändert und aus diesem Grunde halte sie es für sinnvoll, dass der Tagesordnungspunkt in den Fachausschüssen erneut diskutiert werde.

Herr Dr. von Teichman verwies auf die Ausführungen von Frau Winkel-Fiedelak und merkte an, dass bei den Vorschlägen der Architekten zu sehen sei, dass das Küstenmuseum und die Kunsthalle in der Jahnhalle konzentriert werden sollen und fakultativ ein Anbau erfolgen solle, in dem die Sonderausstellungen gezeigt würden. Ihn irritiere, dass die Verwaltung sich bereits auf den neuen Museumsstandort Weserstraße/Bontekai festgelegt habe und der derzeitige Standort der Kunsthalle aufgegeben werden solle.

Frau Winkel-Fiedelak kritisierte, dass Herr Dr. von Teichman den Ratsbeschluss vom 22.06.2016 nicht korrekt wiedergegeben habe. Sie zitierte folgenden Abschnitt aus dem Ratsbeschluss: „Es wird ein Museumsstandort Weserstraße/Bontekai geplant". Sie zitierte einen weiteren Abschnitt: „Eine Unterbringung der Kunsthalle im jetzigen Baukörper der Jahnhalle ist nicht vorgesehen".

Herr Leinert stellte klar, dass es keine geheime Planung der Verwaltung geben würde. Die Pläne seien ferner öffentlich einsehbar. Er erklärte, dass er einen Anbau am Museumsstandort Weserstraße/Bontekai favorisieren würde. Jedoch hieße dies nicht gleichzeitig, dass er sich gegen den jetzigen Standort der Kunsthalle ausspreche, wie es ihm unterstellt werde.

Herr Ehlers sprach sich für die Gründung einer Kulturstiftung aus. Er machte deutlich, dass der Rat heute nicht darüber beschließe, ob der Standort der Kunsthalle aufgegeben bzw. ein neuer Museumsstandort festgelegt werde. Damit eine gute Konzeption erstellt werden könne, sei es für ihn wichtig, dass für die Planung der Standortentscheidung kein Zeitfenster vorgegeben werde.

Herr von den Berg fragte an, ob das städtische Vermögen der Kunsthalle und des Küstenmuseums verloren gehe, wenn dies in die Kulturstiftung übergehe und was die Gründung einer Kulturstiftung für eine wirtschaftliche Bedeutung im Hinblick auf künftige Kreditaufnahmen der Stadt habe.

Frau Winkel-Fiedelak informierte, dass die Stiftung mit einem Eigenkapital i.H.v. 50.000 Euro ausgestattet würde und hiervon 25.000 Euro zweckbestimmt für die Gründung der Durchführungs-GmbH seien. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte der Rat z.B. beschließen, ob z.B. die Gemäldesammlung in das Vermögen der Stiftung einfließen sollen.

Oberbürgermeister Wagner wies darauf hin, dass die Kulturstiftung keine negativen Auswirkungen für die Stadt bei künftig geplanten Kreditaufnahmen haben würde. Die finanziellen Auswirkungen für die Stadt seien eher als positiv zu bewerten, weil die Sammlung u.a. aufgrund ihrer Pflege, erforderlicher Erhaltungsmaßnahmen etc. mit großen Kostenrisiken behaftet sei.

Der **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** wurde bei 11 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Dem **Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBV und der SPD-Fraktion** wurde bei 22 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss: -geänderter Beschlussvorschlag-

1. Die mit Datum vom 22.06.2016 beschlossene Kulturstiftung Wilhelmshaven wird lediglich das Küstenmuseum und die Kunsthalle beinhalten und ist im Benehmen mit der WTF unter Beteiligung der Leitungen der Kunsthalle/ des Küstenmuseums und des Kulturbüros zu modifizieren. Der diesbezügliche Beschluss vom 22.06.2016 (183/2016) wird entsprechend abgeändert.

2. Die noch offenen Punkte b) Planung eines Museumsstandortes Weserstraße/Bontekai und f) Standortentscheidung Kunsthalle gemäß Beschlussvorlagen-Nr. 186/2016 werden entgegen Punkt c) nicht durch die Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH (WTF), sondern durch die Stadt (federführend Kulturbüro mit GGS – Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven -) in Zusammenarbeit mit den Leitern der Museen und dem Ausschuss für Kultur erarbeitet. Ziel ist eine Standortentscheidung nach abgestimmter Planung.

7.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)

7.3.1 Bebauungsplan Nr. 146, 1. Änderung, Deichbrücke / Jadestraße (Wiesbadenbrücke) - Erneuter Entwurfsbeschluss **14/2018**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 06.02.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt gem. § 4a Abs. 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) den **Bebauungsplan Nr. 146, 1. Änderung –Deichbrücke/Jadestraße (Wiesbadenbrücke)** erneut öffentlich auszulegen. Ergänzend wird bestimmt, dass gem. § 4a Abs. 3 Satz 2 und 3 Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden dürfen und die Dauer der Auslegung auf 14 Tage verkürzt wird. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.3.2 Bebauungsplan Nr. 152 Vorhaben- und Erschließungsplan 024 (VEP024) Schleusenstraße / Ehemalige Marinelagerhäuser - Aufstellungsbeschluss **12/2018**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 06.02.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. **152** (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplans **024** (VEP **024**) – SCHLEUSENSTRASSE / MARINEHÄUSER-. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.4 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz (Ratsfrau Kloster)

7.4.1 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und die Entgeltordnung für den Rettungsdienstbereich Wilhelmshaven **18/2018**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 31.01.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

a) Der Rat stimmt der Vereinbarung der Stadt Wilhelmshaven mit den gesetzlichen Krankenkassen und der gesetzlichen Unfallversicherung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß §15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) ab dem 01.02.2018 zu.
b) Der Rat beschließt die Entgeltordnung für den Rettungsdienst der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 01.02.18.

7.5 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Beigeordneter von den Berg)

7.5.1 Umsetzung des Verpackungsgesetzes in der Stadt Wilhelmshaven **8/2018**

Herr von den Berg trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 09.02.2018 vor.

Herr Leinert informierte, dass die Stadt zeitnah Gespräche mit dem Dualen System Deutschland aufnehmen werde, um eine neue vertragliche Vereinbarung zum 01.01.2019 erzielen zu können. Das Duale System Deutschland und eben nicht TBW würde anschließend mit den Entsorgungsträgern eine Ausschreibung und Beauftragung durchführen. TBW könne daher z.B. nicht die Abfuhrtermine festlegen. Herr Leinert informierte weiter, dass die Stadt die Verhandlungen mit

dem Dualen System aufnehmen werde und das Ziel verfolge, dass in Einfamilienhausgebieten sowohl eine Verpackungstonne als auch Gelbe Säcke und in Bereichen von Mehrfamilienhäusern weiterhin nur Gelbe Säcke genutzt werden dürfen. Die Wohnungsbaugesellschaften lehnten die Einführung von Verpackungstonnen in Bereichen von Mehrfamilienhäusern ab, weil der Aufwand dafür zu hoch sein solle. Herr Leinert wies darauf hin, dass die Anschaffung einer Verpackungstonne für die Bürger kostenfrei sei.

Herr Heinemann begrüßte die geplante Einführung einer Verpackungstonne in Einfamilienhausgebieten.

Frau Weinstock fragte an, ob in den Einfamilienhausgebieten bereits einheitlich die Verpackungstonne eingeführt worden sei.

Herr Ressel erklärte, dass er mit der Umsetzung des Verpackungsgesetzes keinen großen Fortschritt erkennen könne und plädierte für die Einführung einer Wertstofftonne, in der Kunststoffmüll sowie Metalle eingeworfen werden könnten. Er kritisierte, dass „Gelbe Säcke" umherfliegen würden und auch deren Inhalt zum Teil in der Umwelt lande.

Herr Leinert informierte, dass über die Einführung einer Wertstofftonne diskutiert worden sei, wobei sich Herr Wolanski (Geschäftsführung WEL GmbH) nach derzeitigem Stand gegen eine solche Einführung ausgesprochen habe, weil das Duale System Deutschland nur einen 30%-igen Recyclinganteil habe. Zudem müsste ein sogenanntes Down-Recycling bei Kunststoffen durchgeführt werden, d.h., dass diese nicht 1:1 recycelt werden könnten.

Herr Prof. Dr. Preuß begrüßte das Mischsystem, das aus „Gelben Säcken" und Verpackungstonnen bestehe. Er schlug im Hinblick auf Herrn Ressels Anregungen vor, dass zunächst einzelne Wertstoffcontainer im Stadtgebiet aufgestellt werden sollten.

Herr von den Berg begrüßte die Diskussion im Rat. Darüber hinaus müsse nach Auffassung der Gruppe GrünUnabhängigSozial die Bevölkerung zum Thema Müllvermeidung sensibilisiert werden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(1 Enthaltung: Herr Ressel, FDP-Fraktion)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beauftragt die Verwaltung zur neuen Abstimmungsvereinbarung mit den Dualen Systemen als Grundlage der Verhandlungen folgende Rahmenvorgabe für die Stadt Wilhelmshaven als ersten Schritt umzusetzen:

1. In Einfamilienhausgebieten soll eine „Verpackungstonne", ausschließlich für Leichtverpackungen (LVP) eingeführt werden (Abfuhr-/Abholungsrhythmus 4-wöchentlich).

2. Im Mehrfamilienhausbereich soll die Sammlung in „Gelben Säcken" fortgeführt werden (Abfuhr-/Abholungsrhythmus 4-wöchentlich).

Die Ausgestaltung der Sammlung gemäß Rahmenvorgabe ist, soweit erforderlich, in der Abstimmungsvereinbarung zum 01.01.2019 entsprechend der in der Begründung aufgezeigten Eckpunkte, zu vereinbaren.

7.6 Schulausschuss (Ratsfrau Weinstock)

7.6.1 Gründung einer Außenstelle für die Oberschule Stadtmitte **29/2018**

Frau Weinstock trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 08.02.2018 vor und wies darauf hin, dass die Oberschule Mitte die Außenstelle bereits für den Hauswirtschaftsunterricht nutzen würde. Sie sei davon ausgegangen, dass die Oberschule Mitte vierzügig gefahren werden könne. Entgegen der Schulentwicklungsplanung sei jedoch festgestellt worden, dass noch mehr Schulraum benötigt werde.

Herr Leinert erklärte, dass die Schulentwicklungsplanung im Hinblick auf die Entwicklung der Schülerzahlen hervorragend sei. Aufgrund der Flüchtlingsthematik habe sich die Sachlage jedoch geändert.

Herr von den Berg zeigte sich über die bisherige Entwicklung im Schulbereich erfreut.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 35 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen, Herr Moriße und Frau Moriße-Kappe; beide AfW-Fraktion)

Der Rat beschließt die Gründung einer Außenstelle für die Jahrgänge 9 und 10 der Oberschule Stadtmitte zum Schuljahr 2018/19 in der Paul-Hug-Straße 43 (ehem. Fr.-v.-Stein-Schule).
Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche rechtlichen, organisatorischen und räumlichen Maßnahmen bis zum 01.08.2018 umzusetzen.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Ein Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten lag nicht vor.

9 Anträge

9.1 Antrag von "Die FRAKTION": Überprüfung von Ausschreibungen und Auftragsvergaben bzgl. des Projektes Neubau des Klinikums Wilhelmshaven durch das Rechnungsprüfungsamt **500/2018**

Frau Weinstock trug den Antrag von „Die FRAKTION“ vor und begründete diesen anschließend. Sie informierte, dass die Stadt Offenbach bei einem ähnlichen Projekt 435 Mio. Schulden verursacht habe.

Frau Breuer fragte an, ob das Rechnungsprüfungsamt für eine solche Überprüfung überhaupt zuständig sei und welcher Zweck mit dem Antrag verfolgt werden solle. Sie wies darauf hin, dass in der Überprüfung von Auftragsvergaben bzgl. des Projektes Neubau des Klinikums Wilhelmshaven durch das

Rechnungsprüfungsamt das Problem darin liege, dass die Überprüfung laut dem Antrag erst nach erfolgter Auftragsvergabe erfolgen solle.

Herr Walkenhorst führte dazu aus, dass nach bisherigem Kenntnisstand des Rechnungsprüfungsamtes folgende Fachbereiche mit Ausschreibungen und Auftragsvergaben befasst seien, die im Zusammenhang mit dem Neubau des Klinikums stehen:

1. Fachbereich 61, Verkehrsplanung

- Auftragsvergaben an externe Planungsbüros (Verkehrsplanung und Ingenieurbau).

Die Vergaben des Fachbereiches 61 werden durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft.

2. TBW, Erschließung und Umgestaltung öffentlicher Straßenraum

- Auftragsvergaben an externe Planungsbüros sowie Baufirmen für Tief- und Straßenbauarbeiten

Die Vergaben von TBW werden durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft.

3. Klinikum Wilhelmshaven gGmbH, Neubau Parkhaus und Klinikum, Verkehrswege

Über die Art der Ausschreibung und Auftragsvergabe der verschiedenen Gewerke liegen dem RPA keine Informationen vor. Die Vergaben des Klinikum Wilhelmshaven gGmbH würden aktuell nicht durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft. Die Erteilung eines Einzelauftrages durch Beschluss des VA gemäß § 154 Abs.1 S.2 NKomVG zur Prüfung von Ausschreibungen und Vergaben der Klinikum gGmbH sei derzeit nicht möglich, da die gGmbH nicht im Zuständigkeitsbereich des RPA liege. In der Satzung seien dem RPA keine entsprechenden Prüfrechte eingeräumt worden. Des Weiteren wäre die Übertragung der Prüfaufgaben (auf Dauer) durch Ratsbeschluss gemäß § 155 Abs. 2 Nr. 5 NKomVG erforderlich. Inwieweit dies zulässig sei, stehe unter dem Vorbehalt einer rechtlichen Prüfung durch das Rechtsamt.

Herr Heinemann appellierte an „Die FRAKTION“, dass sie den Antrag zurücknehmen solle. Eine Expertenkommission würde regelmäßig den Rat über das Klinikumprojekt informieren. Der Aufsichtsrat würde nach bestem Wissen und Gewissen die im Antrag aufgeführten Punkte besprechen. Zudem gehe er davon aus, dass das Land Niedersachsen, welches einen Zuschuss i.H.v. 99 Mio. gewährt habe, entsprechende Prüfungen vornehmen werde.

Herr Dr. von Teichman merkte an, dass der Antrag nicht im Verwaltungsausschuss behandelt worden sei und eine Abstimmung daher nicht möglich sei.

Frau Weinstock beantragte daraufhin, dass der Antrag in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen werde. Dieser wurde bei 9 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**. Der Antrag von „Die FRAKTION“ wurde damit gegenstandslos.

9.2 Antrag von "Die FRAKTION": Regelmäßige Berichte zum Projekt Neubau des Klinikums Wilhelmshaven **501/2018**

Frau Weinstock trug den Antrag von „Die FRAKTION“ vor und begründete diesen anschließend. Sie ergänzte, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für regelmäßige Berichte zum Projekt Neubau des Klinikums Wilhelmshaven z.B. § 138 Abs. 4 NKomVG schaffen würde.

Herr Stoffers wies daraufhin, dass der Antrag nicht vorbereitet sei und in die entsprechenden Fachausschüsse verwiesen werden müsse. Weiterhin sollen die Ratsmitglieder gem. § 138 Abs. 4 NKomVG über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung informiert werden. Hieraus könne jedoch nicht abgeleitet werden, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH regelmäßig den Rat über den Klinikumneubau informieren müssten. Zudem habe der Rat kein Weisungsrecht gegenüber den Mitgliedern des Aufsichtsrates.

Frau Weinstock vertrat die Auffassung, dass der Aufsichtsrat in einer nichtöffentlichen Sitzung des Rates berichten müsse und beantragte, dass der Antrag in die zuständigen Fachausschüsse überwiesen werde.

Herr Dr. von Teichman verwies auf die Ausführungen von Herrn Stoffers. Er fügte hinzu, dass die Ratsmitglieder von ihrem Fragerecht Gebrauch machen könnten, um Auskünfte vom Oberbürgermeister erlangen zu können.

Herr Heinemann machte daraufhin den Vorschlag, dass Frau Weinstock einen Antrag stelle, dass die Expertenkommission in der Märzratssitzung über die Entwicklung der geplanten Baukosten berichten solle.

Herr Hellwig merkte an, dass auch von Ratsmitgliedern, die im Aufsichtsrat der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH seien, Informationen eingeholt werden könnten.

Herr Reese gab zu bedenken, dass nicht alle Aufsichtsratsmitglieder detailliert über das Klinikumneubauprojekt berichten könnten.

Frau Weinstock erklärte anschließend, dass sie den Antrag von „Die FRAKTION“ zurückziehe.

Die Ratssitzung wurde in der Zeit von 18:00 bis 18:15 Uhr unterbrochen.

9.3 Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Veranstaltungen in Wilhelmshaven - Plastikreduziert für morgen **503/2018**

Frau Kloster stellte folgenden **Änderungsantrag** zum **Antrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial** vor und begründete diesen anschließend:

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Reduzierung von Plastikabfällen für Veranstaltungen im öffentlichen Raum zu erstellen. Dieses ist den städtischen Gremien bis zum September 2018 zur Beschlussfassung vorzulegen. Städtische Satzungen sind bis Ende 2018 an das beschlossene Konzept anzupassen."

Herr Jacques brachte für die **SPD-Fraktion** folgenden **Änderungsantrag** ein und begründete diesen anschließend:

„Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum September 2018, ein Konzept zu entwickeln, wie in Zukunft Kunststoffmüll bei öffentlichen Veranstaltungen vermieden werden kann."

Herr Dr. von Teichman appellierte an Frau Kloster, dass der Satz „Städtische Satzungen sind bis Ende 2018 an das beschlossene Konzept anzupassen" gestrichen werde. Die Verwaltung solle beauftragt werden, ein Konzept zu entwickeln und in dem Zuge werde sie ohnehin prüfen, ob Satzungen geändert werden oder sogar neue Satzungen erstellt werden müssten.

Herr Harms merkte an, dass das Land sowie der Bund Veranstaltungen durchführe und sich die Stadt an die entsprechenden Konzepte orientieren könnte.

Frau Kloster erklärte daraufhin, dass der letzte Satz des Änderungsantrages der Gruppe GrünUnabhängigSozial „Städtische Satzungen sind bis Ende 2018 an das beschlossene Konzept anzupassen" gestrichen werden solle.

Herr Moriße signalisierte, dass die AfW-Fraktion den Änderungsantrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial ablehnen werde.

Herr Hellwig wies darauf hin, dass die Anträge der SPD-Fraktion und der Gruppe GrünUnabhängigSozial vom Inhalt her sehr ähnlich seien und schlug vor, dass ein gemeinsamer Antrag gestellt werde.

Herr Walpurgis begrüßte den Vorschlag von Herrn Hellwig.

Herr Tönjes wies darauf hin, dass allein für das Stadtfest „Wochenende an der Jade" jährlich ca. 14 Tonnen Müll produziert würden.

Herr Jacques erklärte daraufhin, dass die SPD-Fraktion einen gemeinschaftlichen Antrag mit der Gruppe GrünUnabhängigSozial stellen werde.

Ratsvorsitzender Becker verlas den **gemeinsamen Antrag** der **Gruppe GrünUnabhängigSozial und SPD-Fraktion**, der nunmehr folgendermaßen lautet:

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Reduzierung von Plastikabfällen für Veranstaltungen im öffentlichen Raum zu erstellen. Dieses ist den städtischen Gremien bis zum September 2018 zur Beschlussfassung vorzulegen."

Der **Änderungsantrag der Gruppe GrünUnabhängig Sozial sowie der SPD-Fraktion** wurde bei 35 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen **einstimmig angenommen**.

Beschluss: -geänderter Beschlussvorschlag-

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Reduzierung von Plastikabfällen für Veranstaltungen im öffentlichen Raum" zu erstellen. Dieses ist den städtischen Gremien bis zum September 2018 zur Beschlussfassung vorzulegen.

9.4 Antrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial: Einrichtung einer Beratungsstelle für Stalking-Opfer **505/2018**

Herr von den Berg trug den Antrag vor und begründete diesen anschließend. Er informierte, dass der Antrag zunächst als 1. Lesung im Rat behandelt und anschließend möglichst in die Fachausschüsse verwiesen werden solle.

Herr Möhle beantragte, dass der Antrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial in die Fachausschüsse verwiesen werde.

Frau Kloster plädierte dafür, dass zunächst eine Debatte im Rat über den Antrag erfolge und dieser anschließend in die Fachausschüsse verwiesen werde.

Dem Antrag von Herrn Möhle, dass der Antrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial in die Fachausschüsse verwiesen werde, wurde bei 35 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung **mehrheitlich gefolgt**.

9.5 Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Prüfung eines Rede- und/oder Antragsrechts des Jugendparlaments **506/2018**

Herr Tönjes trug den Antrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial vor und begründete diesen anschließend. Er verwies in diesem Zusammenhang auf § 36 des NKomVG, wonach Gemeinden Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen sollten. Hierzu sollten die Kommunen geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.

Herr Möhle beantragte, dass der Antrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial in die Fachausschüsse verwiesen werde.

Dem Antrag von Herrn Möhle, dass der Antrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial in die Fachausschüsse verwiesen werde, wurde bei 35 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung **mehrheitlich gefolgt**.

9.6 Antrag der SPD-Fraktion: Benennung einer im Rahmen des Neubaus des Klinikums Wilhelmshaven zu errichtenden Straße zwischen der Friedrich-Paffrath-Straße und dem Eingang des Klinikums nach dem ehemaligen Oberbürgermeister Reinhard Nieter **538/2017**

Herr Jacques trug den Antrag der SPD-Fraktion vor und begründete diesen anschließend.

Herr Tönjes trug daraufhin folgenden **Änderungsantrag** von **„Die PARTEI“** vor und begründete dies anschließend:

„Die Beschlussvorlage wird geändert.

1. Die zu errichtende Straße zwischen der Friedrich-Paffrath-Straße und dem Eingang des Klinikums wird nach dem amtierenden Oberbürgermeister „Andreas-Wagner-Weg“ benannt.

Herr Hellwig signalisierte, dass die Gruppe CDU/WBV dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen werde.

Dem Antrag der SPD-Fraktion wurde bei 32 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt**.

Ratsvorsitzender Becker informierte, dass damit nicht mehr über den Änderungsantrag von „Die PARTEI“ abgestimmt werden müsse. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Beschluss: Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die im Rahmen des Neubaus des Klinikums Wilhelmshaven zu errichtende Straße zwischen der Friedrich-Paffrath-Straße und dem Eingang des Klinikums nach dem ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven, Reinhard Nieter, zu benennen.

9.7 Antrag "DIE LINKE": Umbenennung des Platzes, an dem sich der "Kaiser-Wilhelm-Brunnen" befindet, in „Köbis und Reichpietsch-Platz" (Gökerstraße/Rheinstraße) **543/2017**

Herr Wiese trug den Antrag von „Die LINKE“ vor und begründete diesen anschließend.

Herr Moriße und **Herr Dr. Dr. Klinke-Mibert** signalisierten, dass die AfW- sowie die AfD-Fraktion den Antrag ablehnen werden.

Herr Hellwig erklärte, dass die Gruppe CDU/WBV den Antrag ablehnen werde.

Herr Jacques brachte folgenden **Änderungsantrag** für die **SPD-Fraktion** ein und begründete diesen anschließend:

„Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wilhelmshaven beantragt, den Platz des Denkmals für die Novemberrevolution (Matrosenaufstand) in der Größe von ca. 30 m^2 bis 40 m^2 gegenüber der Gaststätte Casablanca (früher: Elisenlust) in „Köbis- und Reichpietsch-Platz“ umzubenennen.“

Herr Hellwig stellte den **Antrag zur Geschäftsordnung, dass die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen werde**. Dem **Antrag** wurde **mehrheitlich gefolgt**.

Ratsvorsitzender Becker wies darauf hin, dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion nicht in den entsprechenden Fachausschüssen vorbereitet sei und daher über diesen nicht abgestimmt werden dürfe.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass er grundsätzlich für eine Würdigung der Herren Köbis und Reichpietsch sei, jedoch sollte nicht der Platz „Zum Alten Rathaus" nach den beiden Herren benannt werden. Hinsichtlich des Änderungsantrages der SPD-Fraktion wies er darauf hin, dass sich das Denkmal, das vor dem ehemaligen Botanischen Garten aufgestellt werde, nicht auf die Herren Köbis und Reichpietsch beziehe. Mit dem Denkmal solle die Revolution im Jahr 1918 und eben nicht die Novemberrevolution im Jahr 1917 gewürdigt werden. Aus diesem Grunde plädiere er auch in diesem Falle nicht für die Umbenennung des Platzes.

Herr Schön sprach sich dafür aus, dass die Herren Köbis und Reichpietsch gewürdigt werden sollten. Er begründete dies damit, dass sich diese für den Frieden eingesetzt und sich gegen die damaligen Obrigkeitsstrukturen sowie gegen den Verpflegungsnotstand innerhalb der Marine eingesetzt hätten. Herr Schön äußerte, dass er den Einwand von Herrn Dr. von Teichman nachvollziehen könne und der Antrag der SPD-Fraktion entsprechend modifiziert werde.

Herr Walpurgis appellierte an Herrn Wiese, dass er den Antrag zurückziehe. Fraktionsübergreifend sollte man sich auf einen Platz einigen, um die beiden Herren zu würdigen. Gegebenenfalls könne die Würdigung im Südstrandbereich (1. oder 2. Einfahrt) erfolgen.

Herr Prof. Dr. Preuß stellte den Antrag zur Geschäftsordnung auf Beendigung der Debatte. Dem Antrag wurde **mehrheitlich zugestimmt**.

Herr Wiese erklärte daraufhin, dass er den **Antrag von „DIE LINKE" zurückziehe.**

Herr Jacques signalisierte, dass die **SPD-Fraktion ihren Änderungsantrag ebenfalls zurückziehe.**

10 Einwohnerfragestunde

10.1 Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

10.2 Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Frau Gudrun Klöpper erkundigte sich nach dem weiteren Verfahren hinsichtlich des zurückgezogenen Antrages der „DIE LINKE“ „Umbenennung des Platzes, an dem sich der "Kaiser-Wilhelm-Brunnen" befindet, in „Köbis und Reichpietsch-Platz" (Gökerstraße/Rheinstraße)“.

Ratsvorsitzender Becker erklärte, dass ein neuer Antrag im entsprechenden Fachausschuss gestellt werden müsse.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:55 Uhr

Gez.	gez.	gez.
Becker Ratsvorsitzender	Wagner Oberbürgermeister	Bönisch Protokollführer